

04. Sa. 20.07.2019

Verein gegen Land: Konflikt verschärft sich

Was wurde tatsächlich in Rummelsheim erfüllt?

Von unserem Reporter
Dieter Ackermann

■ Rummelsheim. Die Erfüllung

der ehemaligen Kiesgrube II und der damit verbundene Schriftverkehr zwischen dem Rummelsheimer Verein Lebensraum Untere Nahe, den Mainzer Ministern und der Bürgerbeauftragten des Landes, Barbara Schleicher-Rothmund, bleibt nicht ab. Im Gegenteil: Er nimmt an Schärfe zu.

Jüngstes Beispiel ist die Antwort der Bürgerbeauftragten auf ein Schreiben von Vereinsvorsitzenden dem Dr. Gerhard Stumm vom 1. März. Stumm hatte die Bürgerbeauftragte um klare Antworten gebeten, auch zu einer damit verbundenen Strafverfolgung.

Dr. Stumm: Nichts Neues

Das sieben Seiten umfassende Antwortschreiben liegt dem "Öffentlichen" vor. Darin steht unter anderem, dass über die Behördenkontrolle des Areals von 1998 bis 2007 keine Akten vorliegen. Dadurch sei heute nicht mehr nachvollziehbar, ob und mit welchem Ergebnis das Bergbauamt die von ihm gestattete Erfüllung seinerzeit kontrolliert habe. Weiter schreibt die Bürgerbeauftragte, das Ministerium habe ihr versichert, dass es als Fachaufsicht das Verfahren weiter begleiten werde.

Die Aussage, dass für die Jahre 1998 bis 2007 keine Akten vorliegen, bezeichnete Dr. Stumm als "gravierendes Eingeständnis der Behörde, das wir in dieser Deutlichkeit bisher noch nicht hatten". Da die Kontrollbehörde jedoch per Gesetz verpflichtet sei, alle einschlägigen Unterlagen in den Akten aufzubewahren, hege der Verein nun zwei Vermutungen: Entweder wurden die Akten vernichtet, oder das Bergamt habe in den zehn Jahren, in denen der größte Teil des Füllmaterials in die Grube eingelagert wurde, "ihre Kontrollpflichten stäfflich vernachlässigt bzw. vollständig unterlassen". Und trotz dieser "ungeheuerlichen Tatbestände behauptet das Landesamt für Geologie und Bergbau (LGB)

heute, was mindestens genauso sträflich ist, dass vom Verfüllgut keine Risiken für Rummelsheim, für seine Bürger, das Grundwasser und die Umwelt ausgehen ...". Wenn der Verein bis heute noch keinen ihn beratenden Gutachter benannt habe, so sei festzustellen, dass das Bergamt in der Bringschuld sei. Und weiter schreibt Stumm an die Bürgerbeauftragte Schleicher-Rothmund: "Anfänglich sind Sie mit großem Engagement an unsere Angelegenheit herangegangen und haben sich um Aufklärung bemüht. Wir sind sehr überrascht, dass Ihre Behörde vor dem Hintergrund so vieler offener Fragen und dem offensichtlich fehlenden Willen des LGB und des zuständigen Ministeriums, zur Aufklärung beizutragen, heute die Angelegenheit abschließen möchte und ebenfalls hinhalten möchte. Dabei hatten Sie zweimal schriftlich angekündigt, die Angelegenheit schon im März 2019 in den Petitionsausschuss zu bringen. Warum dieser Sinneswandel? Oder wurden Sie von höherer Stelle getrieben? Wir können uns gut vorstellen, dass das LGB mit allen Mitteln die von uns geforderten Beteiligungen im Verfüllkörper zu verhindern sucht, da sie unangenehme Wahrheiten, sprich kontaminiertes Verfüllgut, zutage fördert. Unser Verein wird jedoch nicht locker lassen, bis wir durch Analysen nachgewiesen bekommen haben, dass von dem Verfüllgut keine Risiken ausgehen."

Linn: Von niemandem ausgebreitet

Daraufhin schrieb der stellvertretende Bürgerbeauftragte Hermann Josef Linn an Stumm: "In Bezug auf den letzten Absatz möchte ich richtigstellen, dass ich den Vorgang derzeit nicht abschließen möchte. Vielmehr werde ich weitere Ermittlungen veranlassen, um offene Punkte zu klären. Denn als ständiger Beauftragter des Petitionsausschusses habe ich die Aufgabe, die Angelegenheit zu klären, bevor sich der Petitionsausschuss damit befassen wird. Sie können versichert sein, dass ich von keiner höheren Stelle, ausgebreitet wurde."